

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich -

Datum: 16.09.2010

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:34 Uhr – 18:13 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Detlef Nonnen

Beschlussfähigkeit

Soll:	9	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	6	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Heinz-Dieter Gollmar	sachkundiger Einwohner	Auswärtstermin
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion	16:48; TOP 4.4
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	17:05 Uhr; TOP 4.5
Herr Jürgen Renz	sachkundiger Einwohner	16:40 Uhr; TOP 4.2

Stadtratsmitglieder

Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE
Herr André Horváth	SPD-Fraktion
Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion
Herr Dr. Peter Neubert	Fraktion DIE LINKE
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP
Herr Dr. Gerhard Schultz	CDU-Ratsfraktion

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Burghart
Herr Dr. Wolfgang Degner
Herr Werner Glaesel

beratend Teilnehmende

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Heidemarie Lüth	Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wessler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Dirk Bräuer	Abteilungsleiter Abt. 66.6
Frau Gerlinde Eckleben	Abteilungsleiterin Abt. 14.1
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Herr Uwe Götsch	Amtsleiter Amt 23

Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Tilo Keller	Abteilungsleiter Abt. 20.2
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 11
Herr Bernd Marschner	Amtsleiter Amt 37
Herr Jürgen Müller	Abteilungsleiter Abt. 40.1
Frau Beate Richter	Abteilungsleiterin Abt. 60.1
Frau Katja Uhlemann	Abteilungsleiterin Abt. 15.3
Herr Ingo Ulbricht	amt. Abteilungsleiter Abt. 14.3

Schriftführer

Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
-------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Nonnen** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich - vom 19.08.2010
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlagen an den Verwaltungs- und Finanzausschuss
-

- 4.1 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Baumaßnahme "Neubau des Kindergartens der Sinne" in der Flemmingstraße 4a in Höhe von 178.596 €
Vorlage: B-206/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Frau Bürgermeisterin Lüth teilt mit, dass es keine Förderung mehr für Betriebskindergärten gebe und daher die außerplanmäßige Mittelbereitstellung nötig sei.

Es gibt keinen weiteren Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-206/2010

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 2.47500.98741 für die Baumaßnahme „Neubau des Kindergartens der Sinne“ in Höhe von 178.596 € gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der geplanten Bundesfördermittel gemäß der Verwaltungsvorschrift Kita-Investitionen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (6 Ja-Stimmen)

- 4.2 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für den Ausbau der Kantstraße zwischen Dürer- und Fichtestraße in Höhe von 151.000 €
Vorlage: B-221/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 60
-

Frau Richter (Abteilungsleiterin Abt. 60.1) informiert darüber, dass angedacht war, die Maßnahme über private Dritte zu finanzieren, was jedoch nicht gelang.

Es gibt keinen weiteren Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-221/2010

1. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage in der Haushaltsstelle 63000.95090 „Tiefbaumaßnahme Kantstraße zwischen Bernhardstraße und Casparistraße“ für den Abschnitt zwischen Dürer- und Fichtestraße die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 151.000 €.
2. Das Amt 66 wird beauftragt mit der Ausschreibung zu beginnen. Der Zuschlag erfolgt nach der Entscheidung im Verwaltungs- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (6 Ja-Stimmen)

- 4.3 Überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 63000.51000 "Gemeindestraßen, Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens, Straßen und Gehwege"
Vorlage: B-236/2010 Einreicher: Dezernat 6 / Amt 66
-

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt, dass es durch den extremen Winter zu hohen Sachschäden gekommen sei, die dringend beseitigt werden müssen.

Herr Glaesel (sachkundiger Einwohner) fragt zur Gegenfinanzierung, in welcher Höhe die Kreditermächtigung noch nicht in Anspruch genommen worden sei. **Frau Härtel (Amtsleiterin Amt 20)** beziffert die Höhe auf etwa 12 Mio. Euro.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erkundigt sich nach der Art der notwendigen Reparaturarbeiten. **Herr Bräuer (Abteilungsleiter Abt. 66.6)** teilt mit, dass die Fahrbahnabdeckung instand gesetzt wird. **Herr Stadtrat Gintschel** möchte des Weiteren wissen, ob es im Dezernat 6 eine Dringlichkeitsliste mit Straßenschäden gibt und warum die Vorlage nicht im Bauausschuss beraten wird.

Frau Bürgermeisterin Wesseler antwortet, dass es im Tiefbauamt eine Priorisierung gibt und sie die Liste nachreichen könne. Die Vorlage wird nicht im Bauausschuss beraten, da kein Bauausführungsbeschluss gefasst werden müsse.

Herr Stadtrat Gintschel kündigt an, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) bezieht sich auf die Notwendigkeit der Verkehrssicherungspflicht und fragt, ob der Stadt rechtliche Probleme entstehen könnten, wenn die Schäden nicht behoben werden. **Herr Bürgermeister Runkel** antwortet, dass ein Geschädigter dann Haftungsansprüche gegen die Stadt hätte.

Herr Bräuer betont, dass sich bei späterer Beschlussfassung die Bauarbeiten bis in den Winter hinein verschieben.

Beschluss B-236/2010

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 63000.51000 Gemeindestraßen, Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens, Straßen und Gehwege gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 4.4 Überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 63030.95039 Gemeindestraßen, Brückenbau, Tiefbaumaßnahme, Brücke Michaelstraße
Vorlage: B-183/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Herr Bräuer (Abteilungsleiter Abt. 66.6) teilt mit, dass Probebohrungen gemacht wurden, jedoch erst bei den Abbrucharbeiten festgestellt wurde, dass das Fundament keine solide Grundlage bietet und die alten Pfeiler nicht wieder verwendbar sind.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP) fragt, wer den Baugrund vorher untersucht habe. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** sichert zu, die Antwort nachzureichen.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß fragt des Weiteren, ob Regressansprüche geprüft wurden. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** sagt, dass diese bisher nicht geprüft wurden. **Herr Bräuer** fügt hinzu, dass die Probebohrungen sachgerecht waren. Die hier aufgetretenen Probleme könnten bei jeder Probebohrung vorkommen.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob man nicht in alten Unterlagen die schiefe Gründung hätte sehen können und ob der Zustand der Widerlager nicht früher erkannt werden konnte.

Herr Bräuer antwortet, dass es keine alten Unterlagen zur Brücke gibt. Die Fundamentprobleme seien bei früheren Prüfungen in den Jahren 2005 und 2008 nicht erkannt worden.

Herr Stadtrat Dr. Schultz (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass die Anlieger die lange Bauzeit leid sind. Er fragt, was passiert, wenn der Beschluss vertagt werde. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** erwidert, dass 2011 keine Brücken im MIP enthalten seien. Es werde schwer, die Vorhaben fertig zu stellen und ggf. müssten auch Brücken gesperrt werden. **Herr Bürgermeister Nonnen** verweist auf die Finanzlage, die in diesem Jahr noch Umsetzungen ermöglicht.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich, warum die Vorlage nicht im Fachausschuss beraten wurde. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** entgegnet, dass es sich nur um eine Mittelbereitstellung handelt, die in Zuständigkeit des Verwaltungs- und Finanzausschusses liegt.

Herr Stadtrat Gintschel möchte in der nächsten Ausschusssitzung wissen, was seitens der Stadtverwaltung zur Durchsetzung von Regressansprüchen getan wurde.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß fragt, wann und von wem der Bauausführungsbeschluss gefasst wurde. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** antwortet, dass der Bauausführungsbeschluss am 23.12.2008 in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin gefasst wurde.

Beschluss B-183/2010

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 63030.95039 Gemeindestraßen Brückenbau, Tiefbaumaßnahme Brücke Michaelstraße gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 4.5 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beseitigung von Bauschäden/Unfallgefahren im Bereich der Rollstuhlrampen und an den Außenflächen/Verkehrsflächen am Sonderpädagogischen Förderzentrum Chemnitzer Körperbehindertenschule, Wittgensdorfer Str.121a in 09114 Chemnitz in Höhe von 219.860 €
Vorlage: B-245/2010 Einreicher: D1/Amt 40
-

Herr Bürgermeister Brehm teilt mit, dass die in der Vorlage bezeichneten Maßnahmen nur das Notwendigste seien um den Unterricht zu gewährleisten. Es wurde ein Fördermittelantrag gestellt, der aber voraussichtlich negativ beschieden wird. Ohne Fördermittel gebe es nur die Möglichkeit, den Bau komplett mit Eigenmitteln zu finanzieren oder die Schule sukzessive leer zu ziehen. Er betont, dass die Fördermittel unbedingt benötigt werden.

Herr Glaesel (sachkundiger Einwohner) weist darauf hin, dass der Freistaat vornehmlich Landesmittel für den Schulbau im ländlichen Raum zur Verfügung stellen will. **Herr Bürgermeister Brehm** sagt, dass die übrigen sächsischen Körperbehindertenschulen in Leipzig, Dresden und Hoyerswerda in verhältnismäßig gutem Zustand seien, sodass die Stadt Chemnitz nicht auf Unterstützung hoffen könne.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) fragt, was mit den Verpflichtungsermächtigungen für das Vorhaben an der Heinrich-Schütz-Straße geschehe. **Herr Bürgermeister Brehm** antwortet, dass dies noch nicht geklärt sei.

Herr Stadtrat Gintschel möchte wissen, woher die Eigenmittel kommen, wenn 2011 doch Fördermittel zur Verfügung gestellt werden sollten. **Herr Bürgermeister Brehm** entgegnet, dass das Geld entweder umverteilt werden oder ein Kredit aufgenommen werden müsse.

Herr Stadtrat Gintschel ist der Auffassung, dass das sonderpädagogische Schulzentrum auf der Bornaer Straße Vorrang habe.

Beschluss B-245/2010

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beseitigung von Bauschäden/Unfallgefahren im Bereich der Rollstuhlrampen und an den Außenflächen/Verkehrsflächen am Sonderpädagogischen Förderzentrum Chemnitzer Körperbehindertenschule, Wittgensdorfer Str. 121a in 09114 Chemnitz in Höhe von 219.860 € entsprechend der Anlage 5 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (8 Ja-Stimmen)

- 4.6 Beschaffung und Unterhaltung eines Bevölkerungswarn- Informations- und Alarmierungssystems
Vorlage: B-241/2010 Einreicher: Dezernat 1 / Amt 37
-

Herr Bürgermeister Brehm informiert darüber, dass am 29.09.2010 eine Bürgerversammlung zur Hochwasserproblematik stattfinden wird. Er macht deutlich, dass die Warnung der Bevölkerung beim Auguthochwasser 2010 nicht möglich war, da der Wasserpegel zu schnell anstieg. Daher soll ein Sirensystem aufgebaut werden sowie künftig flussabwärts Lautsprecherwagen zum Einsatz kommen.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass die Stadt bis 2006 Fördermittel vom Land für die Errichtung der Sirenenanlagen erhalten hätte. Er fragt, wie die Unwetterwarnung vom Nachmittag des 06.08.2010 weitergegeben wurde.

Herr Marschner (Amtsleiter Amt 37) entgegnet, dass es sich lediglich um eine gewöhnliche Wettermeldung des Deutschen Wetterdienstes gehandelt hat, die über Regen informierte. **Herr Bürgermeister Brehm** ergänzt, dass es erst am folgenden Tag eine Unwetterwarnung gegeben habe, als es bereits zu spät war.

Frau Härtel (Amtsleiterin Amt 20) beantwortet eine Frage von **Herrn Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** zu bereits genehmigten Mitteln gemäß Anlage 5 der Vorlage damit, dass mehrere Vorlagen zum gleichen Zeitpunkt behandelt werden, die auf die Deckungsquelle zugreifen. Es sei Wunsch des Ausschusses gewesen, dass Haushaltsveränderungen bei außer- bzw. überplanmäßigen Mittelbereitstellungen dargestellt werden.

Beschluss B-241/2010

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt:

1. die Beschaffung und Unterhaltung eines Bevölkerungswarnsystem basierend auf elektronischen Sirenen mit Durchsageeinrichtungen in den besonders vom Hochwasser gefährdeten Stadtteilen Einsiedel, Erfenschlag, Klaffenbach, Harthau und Altchemnitz im Bereich Europark.
2. die Planung, Beschaffung und Unterhaltung eines Informations- und Alarmierungssystems für weitere Stadtgebiete.
3. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in der HHSt. 14000.94001 Katastrophenschutz „Bevölkerungswarnsystem – Planung und Errichtung“ mit Deckung durch Mehreinnahmen aus den Haushaltsstellen 88100.34100 – Sonstiges Grundvermögen unbebaut „Einnahmen aus der Gewährung von Grunddienstbarkeiten“ in Höhe von 46.239,00 € und 88110.34010 – Sonstiges Grundvermögen Gewerbe und Sondergebiete „Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken, ehemalige Kaserne Heinrich-Schütz-Straße“ in Höhe von 134.780,00 € sowie Einsparungen in den Haushaltsstellen 27310.94002 – Förderschule für Körperbehinderte „Hochbaumaßnahme Heinrich-Schütz-Straße/Schule“ in Höhe von 183.995,00 € und 13100.93500 – Feuerwehr „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens“ in Höhe von 986,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)

5 Informationsvorlagen an den Verwaltungs- und Finanzausschuss

- 5.1 Berichterstattung über die durchgeführten Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Zeitraum 01.01. bis 30.06.2010
Vorlage: I-056/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
-

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) bittet um Erläuterungen zu den Prüfungsberichten 12/2010 und 15/2010. **Frau Falk (Amtsleiterin Amt 14)** führt zum Prüfungsbericht 12/2010 aus, dass die Kassenbuchführung im Friedhofs- und Bestattungsbetrieb vom Rechnungsprüfungsamt beanstandet wurde, jedoch der Betriebsleiter die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. **Herr Ulbricht (amt. Abteilungsleiter Abt. 14.3)** informiert, dass es sich beim Prüfungsbericht 15/2010 um eine baubegleitende Prüfung handelt. Die Leistungserbringung sei nicht ordnungsgemäß erfüllt worden.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) fragt, welche Folgen es für die Stadt haben könnte, wenn Planungsunterlagen nicht vorliegen. Frau Falk antwortet, dass Mehrkosten entstehen können.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) möchte bezüglich der Prüfung der Mittelverwendung des CFC wissen, ob der Mittelverwendungsnachweis mittlerweile eingegangen ist. Frau Falk bejaht dies und teilt mit, dass es keine Beanstandung gebe.

6 Umsetzung des Konjunkturprogramms für Investitionen in Kommunen (K II)

Herr Stötzer (Amtsleiter Amt 65) informiert anhand einer Powerpointpräsentation über Folgendes:

- 87 Maßnahmen wurden bewilligt, 45 Maßnahmen befinden sich im Bau und 40 Maßnahmen wurden bereits abgeschlossen. Beauftragt wurden etwa 34 Mio. €
- der Ersatzneubau des Kunstrasenplatzes im Sportforum wurde begonnen
- es wurden 501 Vergaben durchgeführt, davon 279 an Chemnitzer Firmen, 172 an Firmen in der Region und 50 Firmen bundesweit
- 13 von 24 Kita-Maßnahmen wurden abgeschlossen. Bei der Kita Einsiedel ergibt sich ein Mehrbedarf von 180.000 €, der durch Einsparungen bei anderen Kita-Maßnahmen gedeckt werden soll.

Herr Bürgermeister Brehm beantwortet eine Frage von **Herrn Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE)** zum Verwaltungsinformationssystem damit, dass nach der Ausschreibung festgestellt wurde, dass die KII-Mittel nicht ausreichen und daher der Eigenmittelanteil erhöht werden musste.

Frau Bürgermeisterin Wessler entgegnet auf eine Nachfrage von Herrn Glaesel (sachkundiger Einwohner), dass Mehrkosten bei KII-Maßnahmen größtenteils durch Minderausgaben bei anderen KII-Maßnahmen gedeckt werden können.

Herr Renz (sachkundiger Einwohner) regt an, bei dem neu errichteten Spielplatz an der Schlossteichstraße einen Zebrastreifen anzulegen. **Herr Bräuer (Abteilungsleiter Abt. 66.6)** erklärt, dass ein Zebrastreifen derzeit nicht geplant und man sehen müsse, wie die Verkehrsführung künftig sei.

7 Verschiedenes

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es besteht kein Informationsbedarf seitens der Verwaltung.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP) bezieht sich auf Presseberichte, nach denen das Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept erst im Dezember im Stadtrat behandelt werden soll und fragt, ob eine Fristverlängerung bei der Landesdirektion gestellt wurde, da die Auflage vorsah, dass ein Haushaltssicherungskonzept bis Oktober zu beschließen sei.

Herr Bürgermeister Nonnen verneint die Frage. Zunächst werde der Beratungstermin mit den Stadträten am 29.09.2010, an dem auch ein Vertreter der Landesdirektion teilnimmt, abgewartet. **Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß** möchte wissen, ob die Stadt damit gegen den Verwaltungsakt handelt. **Herr Bürgermeister Nonnen** verneint dies. Zunächst wollte man in einem informellen Gespräch mit den Stadträten sprechen, danach könne man ggf. das Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept im Oktober behandeln.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) meint, dass bei Kita-Sanierungen genauer auf die Ausführung geachtet werden müsste. Er informiert über nicht ordnungsgemäße Fluchttüren in der Kita Wilhelm-Firl-Straße und die Ausfälle eines Taxi-Unternehmers gegenüber einem Schüler des sonderpädagogischen Förderzentrums. Zudem fragt er, was mit den Spielgeräten in der Kita Altendorfer Straße passiert, da die Baumaßnahmen erneut verschoben wurden. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** sichert eine Beantwortung zu.

- 8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Kempe (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Dr. Schulz (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

* * *

Herr Bürgermeister Nonnen schließt die Sitzung.

23.09.2010 *Nonnen*
Datum Nonnen
Vorsitzender
des Ausschusses

27.09.2010 *Kempe*
Datum Kempe
Mitglied
des Ausschusses

27.09.2010 *A. Schmalfuß*
Datum Schmalfuß
Mitglied
des Ausschusses

23.09.2010 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer